

# Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: 100 M., ausserw. 125 M., Anzeigen unter Zeit 200 M., ausserw. 250 M., Familienanzeigen 100 M., Dienstangebote, Dienstgeschäfte, Beratungen, Verhandlungen und Wohnungs-Anzeigen 650 M., kleine Anzeigen pro Stück 10 M., bis jede Anzeige 100 M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vor mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptexpedition Glacisstraße 4/6 sowie in üblichen Postagenturen abgegeben werden.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und wird durch die Hauptexpedition: Glacisstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Wolfsmacht“, Neue Gravenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle: Sgarrengefecht Nr. 11, Matzlasstraße 140, sowie durch alle Ausländer zu bezahlen. Wochentag 2,00 M., monatlich 10,00 M., zweijährlich 32,00 M.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5852.

## Der Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen.

**Seit 22. Februar.** Die Arbeiten des weitauß größeren Teils der Unterausgabe sind bereits beendet, aber auch die Arbeiten der anderen schließen sind so weit gediehen, daß nunmehr ein Ueberblick über den Gang der deutsch-polnischen Verhandlungen möglich ist. So hofft man, daß das gesamte Vertragwerk gegen Ende der nächsten Woche erledigt sein werde; doch können die Unterzeichnungsformalitäten erst später erfolgen, da der Vertrag einen sehr großen Umfang hat, viele Hunderte von Paragraphen umfaßt, die schwierigen technischen Probleme behandeln wird, außerdem die Herstellung des französischen Textes und seine Anpassung an den maßgebenden deutschen und polnischen Wortlaut sorgfältige Redigierung erfordert. Ein abschließendes Urteil über die Ergebnisse der Verhandlungen läßt sich noch nicht abgeben. Die Zahl der einzelnen Streitpunkte ist jedenfalls seit Beginn der Verhandlungen erheblich geringer geworden; aber bei den noch unerledigten Streitfragen haben sich die Meinungsverschiedenheiten eher verschärft. Im wesentlichen warten noch Probleme des Unterausgusses V. (Witterungsfragen), VII. (Gewerbeprüfungsfragen), X. (wichtige Liquidationsfragen), XI. (Minderheitsklaus) und XII. (zwischenstaatliche Organisationen) der Lösung. Prädilectionen der Wollf sind es, daß auch in diesen Fragen eine unmittelbare Einigung zwischen den Vertretern unter Berücksichtigung des Schiedspruches erzielt werden möge. Es ist aber jetzt fraglich, ob eine solche Einigung zu erreichen sein wird. Uebrigens schwanken noch eine Menge von Nebenvertragsverhandlungen, die in Breslau (Banken), in Warschau (Elektrizität), in Berlin (Teilung der Knappfhaft) u. u. geführt werden. Besonders stark ist der Gegensatz in der Minderheitsfrage. Die polnischen Vertreter wollen lediglich Einigung des Minderheitsvertrages vom 28. Juni 1919 in das deutsch-polnische Abkommen. Nach deutscher Auffassung ist eine solche Uebertragung auf die oberösterreichischen Verhältnisse schon deshalb unmöglich, weil jener Vertrag den unlösbarsten Zusammenhang zwischen Minderheitsteilen und Wirtschaftsfragen, wie er in Oberschlesien besteht, nicht berücksichtigt. Die deutschen Vertreter im XI. Unterausgau drängten daher auf strengste

Präzisierung aller Anwendungsmöglichkeiten des Minderheitsklaus im einzelnen. Die Arbeiten im XII. Unterausgau werden außerordentlich schwierige juristische Fragen auf, so die künftigen Beziehungen der gemeinsamen Kommission zu den Landesvermögens und zu den Volksbundseinrichtungen, wie Volksbundsrat und ständigem internationalen Gerichtshof. Nur im unaufhörlichen Zusammenhang mit den übrigen Teilen des Vertrages ist eine befriedigende Lösung dieser komplizierten Probleme denkbar. Aber auch hier bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. So wollen die Polen die Minderheitsfrage vor der Zuständigkeit der gemeinsamen Kommission ausschließen und bei Klagen der Bevölkerung nur den Appell an den Volksbundsrat zulassen. Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen beweist von neuem, was übrigens stets von deutscher Seite vorausgesagt wurde, daß es einfacher ist, eine wirtschaftliche und kulturelle Einheit zu schaffen, als sie nachher wieder zusammen zu leimen. Immerhin ist man sich auf deutscher Seite und so auch auf polnischer darüber klar, daß die gegenwärtigen Verhandlungen nicht nur für den Abschluß des Generalabkommen entscheidend sind, sondern auch als Prolog für die fünfzig deutschen und polnischen Beziehungen überaupt und die allgemeinen direkten Verhandlungen, die später zwischen den beiden Ländern notwendig werden und in Genua natürlich nicht berücksichtigt werden können, dienen werden. Wenn jetzt Verhandlungen zurückbleiben, wird auch der Boden für die Zukunft verloren sein. Auf jedem Fall aber ist für Deutschland in den gegenwärtigen Einigungsbestrebungen, die über Vergleichlichkeit nur ein Ausgleich möglich, der nicht den Lebensinteressen des Reichs wie den Rechten der öberschlesischen Bevölkerung widerspricht. Auch liegen die deutschen Bevollmächtigten seiner Augenblick einen Zweifel darüber, ob sie, das selbstverständlich eine Einigung in den hier zu lösenden Fragen, so vollständig sie auch sein mag, das schwere Unrecht nicht aus der Welt schaffen kann, das der Beschluss vom 26. Oktober dem deutschen Volke und dem losgerissenen Teil Oberschlesiens zufügte.

## Um die Neuwahl des Reichspräsidenten.

**Wann ist die Neuwahl des Reichspräsidenten?**

Die Herren Hergt und Koch haben sich im Reichstage bei der Beratung des Gesetzes des Reichspräsidenten danach erkundigt, wann die von der Verfassung vorgeschriebene Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk erfolgen werde. Die Regierung hat es abgelehnt, bei diesem Etat, eine politische Debatte zu führen. Später, nachdem die Kommunisten Fröhlich und Wolf Hoffmann ihre Späße vorgetragen hatten, gab der Reichsanziger bei der Beratung seines Etats die Erklärung ab, daß die Regierung sofort nach Erledigung der oberösterreichischen Angelegenheit, also in naher Zeit dem Reichstag vorzuschlagen werde, die Volkswahl des Reichspräsidenten in die Wege zu leiten.

Der Reichspräsident hat wiederholt darauf gedrungen, daß die Wahl so rasch wie möglich vorgenommen werden möge. Außerdem schon bekannte Schriften, die er zu diesem Zwecke unternommen hat, existiert auch ein bisher unbekanntes Schreiben an den Reichsanziger, das vom 21. Oktober 1921 datiert ist und folgenden Wortlaut hat:

Herr Reichsanziger!

Alsbald nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten im Juni vorigen Jahres habe ich Ihren Herrn Vorgänger im Amt des Reichskanzlers gebeten zu veranlassen, daß der Reichstag den Tag für die Neuwahl des Reichspräsidenten baldmöglichst bestimmt. Nachdem die Reichsregierung mich gebeten hatte, im Hinblick auf die Lage des Reichs mein Amt vorläufig weiterzuführen, habe ich mich mit einer einstweiligen Hinauszchiebung des Wahltermins einverstanden erklärt. Ich muß Sie, Herr Reichsanziger, aber jetzt doch dringend bitten, zu veranlassen, daß nunmehr unverzüglich die Vorbereitungen für die Wahl des Reichspräsidenten getroffen werden, und der Reichstag gemäß § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920 sobald als möglich den Tag für diese Wahl bestimmt.

Mit der Verfassung meiner besonderen Hochachtung bin ich Ihnen wie stets ergebener

geg. Ebert, Reichspräsident."

So der Reichspräsident. Regierung und Reichstag haben sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß zur Ausführung der Verfassungsbefehlung Wahl des Reichspräsidenten durch das ganze Volk, die Festlegung der Rechtsgrundlage nach allen Seiten hin notwendig ist. Wenn dies auch in Oberschlesien erfolgt sein wird, kann wird der Vornahme der Wahl kein Hindernis mehr im Wege sein.

### Poincaré zu Konferenzen belehrt.

In der Antittrede, die Poincaré vor der französischen Kammer hielt, erklärte er ausdrücklich, daß mit den ständigen Konferenzen zwischen den Staatsmännern der Entente Schlüsse gemacht werden müsse, und die Regelung schwedender Angelegenheiten im diplomatischen Verfahre geregelt werden sollten. Schon die jüngsten Verhandlungen zwischen London und Paris, die die Konferenz in Genua und die vorausgehende Sachverständigenkonferenz betrafen, haben die französische Regierung eines anderen belehrt. Diese Verhandlungen haben im Beisein des französischen Ministerpräsidenten als Vermittler zu einem kompromißgelöste, das darin liegt, die Methode der Verhandlungen durch Noten vorläufig einzufeststellen. Lloyd George wird mit anderen Ministern seines Kabinettes am Sonnabend in Paris eintreffen, um sich mit Poincaré über die Konferenz in Genua und deren Fortsetzung auszutauschen. Auf das letzte Rundschreiben an die Entente-Kontakten ist also von englischer Seite keine schriftliche Antwort zu erwarten. Zwar behauptet das „Echo de Paris“, daß

bevor man zu dieser Vereinbarung kam, die wichtigsten Punkte des Memorandums von England angenommen worden seien. Insofern werde über die Friedensverträge und über die Wiedergutmachung in Genua nicht gesprochen werden. Inwiefern diese französischen Behauptungen zutreffen, bleibt vorläufig noch abzuwarten. Nebenfalls hat Lloyd George zuvor eine mündliche Auseinandersetzung erreicht, die in Beziehung der Wichtigkeit der zu erörternden Fragen nicht gering einzuschätzen ist.

Besonders der Saarvertrags-Konferenz wird gleichfalls von einem Kompromiß geprägt, das die Beratungen der Sachverständigen auf den kommenden Montag in London feststellt.

Die Position Englands für die kommenden Verhandlungen ist also sicher nicht schlecht. Sicht man davon ab, daß die Konferenz in Genua schon anlässlich des Ministerkabinetts in Italien eine Vertagung erwartet wird, so hat England doch immerhin eine mündliche Ausprache über das Programm von Genua und die endgültige Festsetzung der von Frankreich unangenehm empfundenen Sachverständigen-Konferenz erreicht.

### Was will die Reparationskommission in Berlin?

Über den Zweck der Unwesenheit einer Delegation der Reparationskommission in Berlin werden verschiedene Auffassungen gemacht, die nicht ganz zutreffend sind. Tatsächlich hat die Delegation der deutschen Regierung einen Vorschlag überreicht, der darauf hinausläuft, die Sachleistungen im Betrage von 1450 Millionen Goldmark, wie sie in Cannes vereinbart wurden, nicht nur an Frankreich, sondern an alle alliierten Staaten abzuführen und zwar so, daß Frankreich Sachleistungen im Betrage von 550 Millionen Goldmark erhält, und die Sachleistungen für den Rest von 500 Millionen Goldmark auf die übrigen Ententestaaten verteilt wird. Weiter soll nach dem Vorschlag das bisherige System, nach dem alle Aufläufe über behördliche Stellen gehen müssen, fortfallen, und der freie Auflauf gestattet werden, so daß zum Beispiel die französischen Aufläufer die Beträge für die aufgelaufenen Waren direkt an ihre Regierung abführen, und diese die so erzielten Einfüsse aus das deutsche Reparationskonto gutgeschreibt. Die die das Reparationskonto gutgeschriebenen in Wirklichkeit deutschen Unternehmern zukehrenden Beiträge werden dann nach dem Vorschlag der Delegation der Reparationskommission den Gläubigern von der deutschen Regierung sofort ausgezahlt. Über Einzelheiten des Vorschlags werden zurzeit noch Verhandlungen geführt, da sich bezüglich der Durchführung des Vorschlags mancherlei Schwierigkeiten ergeben haben.

### Beginn in Genua am 23. März.

**London, 22. Februar.** Der römische Berichterstatter der „Times“ erfuhr von amtlicher Stelle, daß aus Rom an den Generellen Austausch für die Vorbereitung der Konferenz Anweisungen ergangen seien, in denen als wahrscheinlicher Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz der 23. März angegeben wird.

### Auslieferung der spanischen Attentäter.

**Berlin, 23. Februar.** Zu der Auslieferung des des Marches an dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Dato bestellten Spanier melden die Blätter, daß die deutsche Regierung bei der Notifizierung der Auslieferung gegenüber der spanischen Botschaft den Wunsch ausgesprochen habe, ein eventuelles Vorwurf gegen die Ausliefernden möge nicht vollstreckt werden. Der „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aufzufallen sind die ausgelieferten Spanier bereits am Montag, von deutschen Kriminalbeamten begleitet, in Saarbrücken eingetroffen, von wo sie über Frankreich nach Spanien gebracht wurden.

### für die gleitende Lohnstala.

Aus Breslauer Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Dass die Unternehmer zum Teil Gegner der gleitenden Lohnstala sind, ist bekannt und sie wenden vor allem ein, daß ein für längere Zeit festgelegter Lohnsatz unbedingt Voraussetzung für jegliche Kalkulation sein muß. Dieser Einwand, der schon vor dem Kriege nicht auftrat, hat in der gegenwärtigen Zeit aber jegliche Berechtigung verloren. Um zu kalkulieren, ist nicht nur nötig, die Höhe der Löhne zu kennen, sondern man muß auch die Kosten der Rohstoffe und die Verkehrsosten berücksichtigen und wissen. Nun sind die Rohstoffe oftmaßen größeren Schwankungen ausgesetzt als der Lohn. Selbst eine vollkommen genaue Festlegung der Löhne würde den Unternehmern nichts nützen, während ein Festbleiben der Löhne bei weiterer Preissteigerung die Leistungsfähigkeit der Arbeiter herabsetzen würde. Einsichtige Unternehmer haben das auch immer erkannt, und die Notwendigkeit einer steigenden Lohnstala ausgegeben. Wenn nun die Regierung diesen Gedanken ebenfalls aufgegriffen hat, so muß gelöst werden, daß es dort leider erst recht spät zu dämmern beginnt. Schon weit früher mußte diesem Gedanken Rechnung getragen werden. Daß aber Arbeiter, Angestellte und Beamte zum größten Teil noch heute Gegner der gleitenden Lohnstala sind, ist vollkommen unverständlich. Wir haben in den letzten drei Jahren vieles von Grund auf geändert in dem Streben, das Alte durch Besseres zu ersetzen, und wenn die Lohnempfänger zugleich die Träger der neuen Ordnung sind, kann es nicht schwer sein, auch das bisherige Lohnsystem durch ein anderes zu ersetzen. Welche Entlohnungsform überhaupt die richtige ist, ist von der Wissenschaft bis heute noch nicht festgestellt, sicher aber kann für fortschrittlich denkende Arbeiter nicht der Gedanke vorherrschend sein, am alten Lohnsystem kapitalistischer Ordnung festzuhalten.

Es handelt sich bei der Entlohnung in der heutigen Zeit darum, einen Weg zu finden, daß eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung unserer werktätigen Bevölkerung vermieden wird. Eine Verbesserung werden wir in nächster Zeit noch nicht erreichen können, denn der Mehrertrag unserer Arbeit geht in Form von 31 Millionen Goldmark alle zehn Tage für Kriegsschulden ins Ausland. Wenn aber eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung vermieden werden soll, dann muß ein Weg gefunden werden, den Arbeitern, Angestellten und Beamten, kurzum den Lohnempfängern, entsprechend der Geldentwertung recht schnell einen erhöhten Lohn zuteil werden zu lassen. Wenn beispielsweise die Eisenbahnenverwaltung nur alle Vierteljahre in eine Revision der Löhne und Gehälter eintritt und dann wirklich Nachzahlungen leistet, bleiben die Arbeiter und Angestellten die Geschädigten. Jeder Gegner der gleitenden Lohnstala würde verlangen, wenn er darüber Auskunft geben sollte, welche Lohnforderungen er für das nächste Vierteljahr als notwendig hält. Das liegt daran, daß er nicht in der Lage ist, auch nur im entferntesten anzugeben, wie die Preisgestaltung im nächsten Vierteljahr sein dürfte. Die Gewerkschaften tappen also mit ihren Forderungen im Dunkeln, und um nicht zu erleben, daß die Kosten der Lebenshaltung unter Umständen die Forderungen längst überholt haben, werden beliebige Forderungen aufgestellt, die jeder Begründung entbehren. Man kann allerdings derartige Forderungen unter Aufräumung der gesamten Wirtschaftslage begründen, aber ernste Gegner werden sich nur über ernste Forderungen auseinandersehen. Daher ist die gleitende Lohnstala hierbei das Zweckmäßige.

Das Gegenteil trifft bei einer weiteren Steigerung der Preise für die Unternehmer und für den Staat zu, für sie bedeutet das Einwilligen in die gleitende Lohnstala unter Umständen einen Sprung ins Dunkle. Bei den schwankenden Preisen spielt dies aber eine untergeordnete Rolle. Soweit die Unternehmer in Frage kommen, und es ihnen durch die Konkurrenz möglich ist, werden bei feststehenden Preisen Offerten nur mit einem erheblichen Aufschlag abgegeben werden können. Bei freibleibenden Preisen ist der Unternehmer gewinn sowieso schon sichergestellt, während der Staat durch neue Steuern das Budget in Ordnung halten muß, aber, was bedauerlicherweise noch der Fall ist, die Notenpreise in Anspruch nimmt.

Wir können in der Praxis sehr oft finden, daß einem Gewerkschaftsführer, der im Einvernehmen mit seiner Gewerkschaft eine durchaus ernsthaft zu diskutierende Forderung aufstellt, von den Arbeitgebern entgegengesetzt wird: „Bringen Sie uns Beweise, daß die Forderung



## Vermögenszuwachs- und Körperschaftssteuer.

Der Elste Ausschuss des Reichstages erledigte am Mittwoch in zweiter Sitzung das Vermögenszuwachssteuergesetz. Die Umgangshändigen stellten den Antrag, die Regierungsvorlage in ihrer jetzigen Fassung wieder herzustellen, ferner, daß der Vermögenszuwachs nicht erstmalig vom 1. Januar 1923 bis 31. Dezember 1925, sondern vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1922 ermittelt werden soll. Die Anträge wurden abgelehnt, nachdem Staatssekretär Zapf die Vorverlegung des Ermittlungstermins als technisch undurchführbar bezeichnet hatte.

Im § 19 wird die Bestimmung gefügt, daß für jeden Veranlagungszeitraum 100 000 Mark Vermögenszuwachs steuerfrei bleiben sollen. Ebenso wird die Steuerbegünstigung für Familienmitglieder wieder bestätigt. Dagegen wehrten sich begleitlicherweise die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und der kapitalistische Interessentvertreter Fischer (Köln), der eine befürbte Zierde der Deutchen Demokraten ist. Der Tatsatz wirkt in Verstärkung der Beschlüsse der ersten Sitzung dahin abgeändert, daß die Steuer beträgt:

für die ersten angefangenen oder vollen 200 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses	1 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 200 000 M.	2 v. H.
• • • • 300 000	3 v. H.
• • • • 300 000	4 v. H.
• • • • 1 000 000	5 v. H.
• • • • 1 000 000	6 v. H.
• • • • 1 000 000	7 v. H.
• • • • 1 000 000	8 v. H.
• • • • 1 000 000	9 v. H.

Nur die weitesten Beträge 10 v. H. Bei Berechnung der Steuer bleibt ein Vermögenszuwachs, der länger als 12 Jahre zurückliegt, außer Acht.

Gesetzlich sind laufen auch gegen diese Verbesserung die Deutschnationalen, wenn auch vorgeblich, Sturm.

Bei der letzten Sitzung der Körperschaftssteuer wurde ein sozial notaristischer Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage abgelehnt. Unter Würdigung der sozialdemokratischen Anträge auf Begünstigung der städtischen Sparkassen und gemeinnützigen Bankinstitute wird im § 2 Abs. 2 bestimmt, daß von der Steuer u. a. befreit sind: die Reichsbank, die Reichsbanknotenbanken, die Staatsbanken, die öffentlichen, oder dem öffentlichen Verkehr dienenden Sparkassen, sowie die von Körperschaften des öffentlichen Rechts gegründeten und geleiteten gemeinnützigen Kreditanstalten. Außerdem wird ein Absatz eingefügt mit folgendem Wortlaut:

Die in ihrer Hauptbestimmung als zentralen bzw. ausschließlich wirkenden Gewerbevereinen, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften, deren Gesellschafter (Genossen) ausschließlich oder doch überwiegend Gewerbe- und Wirtschaftsgesellschaften sind, und deren Geschäftsbetrieb sich auf den Kreis der Mitglieder bezieht, sofern sie Leistungsgemäß nicht mehr als 10 v. H. jährlichen Ertrag vereinigen dürfen, bei Ausübung oder Ausweisen eines Gesellschafters nicht mehr als die eingezahlten Anteile zurückgemahlt wird, und im Falle der Auflösung der Übertritt für gemeinsame Zwecke zu verwenden ist.

Ein deutschnationaler Antrag, der von der Deutschen Volkspartei unterstützt wird, will die Körperschaftssteuer auf das unerhebliche Einkommen angerechnet wissen. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem die Sozialdemokraten die Förderung erhoben hatten, daß dann auch die Lohn- und Gehaltsempfänger das Recht haben müssen, die zu zahlende Steuer von ihrem steuerbaren Einkommen abzuziehen.

## Die Untersuchung gegen Kachne.

In der Voruntersuchung gegen den Raubritter von Kachne aus Potsdam, wegen verüchter Totschlags, wurde am Mittwoch vorzeitig Todstermin am Tatort abgehalten. Erfolgiert waren der Untersuchungsrichter, der erste Staatsanwalt, Herr v. Kachne, dessen Verteidiger und die bei der Tat anwesenden Personen. Nachdem der Tatort in Augenschein genommen war, wurde zunächst der Angeklagte, Hauptmann v. Kachne, und dann als erster Zeuge der Förster Wiesbach vernommen. Beide machten übereinstimmende Aussagen, die in einer gewissen Rechtfertigung des Herrn v. Kachne ausliefen. Nachdem der Angeklagte, Ritter v. Kachne und der Reviersförster gestellt worden war, und aufgesordnet wurde, die Säge und die Axt abzugeben, soll sich ein heftiger Wortschlag ereignet haben. Weiterhin wird Ritter beschuldigt, mit erhobener Axt gegen v. Kachne und den Förster vorgegangen zu sein, sodoch es zu einem Ringen kam, in dessen Verlauf der Schuß fiel. Nach der Verwundung soll Ritter den beiden die Axt vor die Füße geschleudert haben; das Überlebende, mit dem Kachnenschwanz gepaart zum Ast zu fahren, hat er angeblich abgeschlagen. Dach Ritter später zu Boden gesunken ist, will weder v. Kachne, noch Wiesbach bei dem unsicheren Licht — es war 8 Uhr abends beim Mondstein in Schneehölle — gemerkt haben. v. Kachne motiviert sein Einsteigen damit, daß der Förster als älterer Mann dem 55 Jahre alten hochgewachsenen Ritter an Kräften unterlegen gewesen sei. Den Schuß habe er dann später abgeben müssen, weil jener mit erhöhter Axt auf ihn, Kachne, eingedrungen sei, und weil er ihn mit der linken Hand, an der infolge einer alten Verwundung zwei Finger steif seien, nicht abwehren konnte, während er in der Rechten den Revolver gehalten habe.

## Ein Orgelschmied zum Tode verurteilt.

München, 21. Februar. Wegen Raubmordes wurde der Orgelschmied Karl Fuermann gestern vom Volksgericht zum Tode verurteilt. Fuermann hatte einen Kaufmann in seinem Keller gefangen und ihn hinterläßt mit einem Eisenstück erschlagen und dann herauftaufen. Fuermann und sein Bruder waren Mitglied des Freikorps Oberland, das sich in Oberschlesien in so wenig rühmlicher Weise ausgezeichnet hat. Gegen den Bruder Fuermann, welcher im Verbauch der Heilerei stand, wurde das Verfahren eingestellt.

## Aus aller Welt.

Eine Fabrik Schnaps verschwunden. Vor mehreren Tagen wurde von einer Cottbuser Firma an einer Gewerbevertreibung in Serbien ein Fach mit 150 Liter Kornbrandwein gestohlen, das bisher an dem Bestimmungsort nicht eingetroffen ist. Nachdem man Nachfrage hielte, konnte festgestellt werden, daß das Fach verloren gegangen ist.

Heilige für Schieber. Das Buchgericht in Lachen verurteilte Leo Schieber, die eine zeitlang jede Nacht 1500 bis 2000 Eier über die Grenze nach Holland verschoben hatten, zu einem Jahr Zuchthaus, 20 000 Mark Geldstrafe und drei Jahren Verbittert, sowie Siedlung unter Polizeiaufsicht.

100 000 Mark für einen Hundebau. Zum Dank für 16 jährige treue Dienste veranlaßte ein Jähnrich in Hoboken New-Jersey, für seinen Förster Ritter, ein großartiges Bezähnungszeug, bei dem dem dahingehenden Hund alle Ehren zuteil wurden, die sonst gewöhnlich Menschen auf ihrer letzten Fahrt vorbehalten sind. Die Leiche ruhte in einem mit Samt ausgeschlagenen Sarg, der 500 Dollars, also etwa 100 000 Mark kostete, und dieser "golden Leiche" folgten drei blichreiche Kraftwagen mit Trauern, die Ritter bis zum Hundfriedhof das Gesetz gaben. Bericht!

Zwillinge aus dem Zenker geworfen. Ein Dienstmädchen in einem Unterkunft an der Agnesstraße in München gehörte heimlich Zwillinge und warf die beiden Kinder zurgerhand aus dem Fenster des 8. Stockwerkes in den Hofraum, wo die beiden von der Hausbewohnerin aufgefangen wurden. Das Dienstmädchen wurde in die Frauenklinik eingeliefert.

Seine Baracke nicht rauschen! Der Magistrat von Prag hat einem Anhänger der Genossenschaft der Kaufleute und Händler entgegen ein Verbot des Rauchens in den Kasernen erlassen, und zwar aus Gründen der öffentlichen Gesundheit.

## Gewerkschaftsbewegung.

### An die Hebammen der Provinz Schlesien.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Reichsaktion Gelundheitsmeilen (Gau- und Kreisverwaltung Breslau), erhalten wie folgende Befehl:

Der Kampf innerhalb der preußischen Gebammenschaft um die Reform des Gebammengesetzes und um die gewerkschaftliche Organisation ist durch die Behandlung des Gesetzes im preußischen Landtag von neuem entbrannt.

Seit der Revolution macht sich unter den Hebammen Deutschlands das Bestreben bemerkbar, Anschluß an eine gewerkschaftliche Organisation zu finden. In weiteren Kreisen und besonders auch in der Leitung des Preußischen wie auch des Deutschen Hebammenverbands war die Auffassung vorhanden, daß zur Bewältigung großer Aufgaben, die belasten auf gelegentlichem Wege die Interessen der Deutschen Hebammen berühren, die bisherige Organisationsform ungeeignet sei. Verhandlungen zwischen dem B.D.G. und dem Hauptvorstand des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, vertreten durch die Reichsaktion Gelundheitsmeilen, hatten zu dem Ergebnis geführt,

daß darüber Einigkeit besteht, daß der Anschluß an die Reichsaktion Gelundheitsmeilen des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Notwendigkeit ist.

Als gleichermaßen notwendig angesehen wird die möglichst einheitliche Überführung der bisherigen Gewerkschaftorganisation B.D.G. und Preußischen Hebammenverbands an die Reichsaktion.

Wie haben sich aber die Verhältnisse entwickelt?

Durch den Druck der Kreisärzte sind die im Deutschen Hebammenverein organisierten Hebammen auf ihrer Tagung in Köln eingetreten, als sich ihre Auffassung über die gesetzliche Regelung des Hebammenrechts geändert hat und sie bereit sind, auf die Anstellung der Hebammen zu verzichten.

Die im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Reichsaktion Gelundheitsmeilen organisierten Hebammen fordern noch wie vor die alte Anstellung und Altersversorgung. Wir weisen darauf hin, daß die Hebammen vom B.D.G. tatsächlich nicht frei von ihrer Unzufriedenheit, sondern, daß die Regierung für den B.D.G. arbeitet, ist dieser verpflichtet, sich den Wünschen der Hebammen, wie vor der Vortrag, zu entsagen. Beweise dafür sind gegeben in der Dienstanweisung für die preußischen Hebammen, wo es heißt:

#### § 7. Verhalten gegen Vertragsgenossinnen.

Die Hebammen soll anderen Hebammen mit Schmach und Anstand begegnen, sie nicht durch unwürdige und unlautere Mittel aus dem Vertrauen der Rundschau verdrängen, vielmehr im Bedarfsfalle beruflich unterstützen. Hat eine Hebamme aus schriftlicher Dienstaufzeichnung für eine andere übernommen, so ist dieselbe verpflichtet, daß die Hebamme nicht anders bestimmt, derjenigen Hebammen, die sie vertreten hat, die Hebamme wieder zu überlassen, sobald der Grund der Verhinderung aufgeklärt ist. Es ist im Interesse der Hebammen erwünscht, daß sie einem Hebammenverein beitreten.

Auch die Übergriffe der Kreisärzte sind nur dadurch zu erklären, daß diese anscheinend von der Regierung Anweisung haben, so vorzugehen und zum anderen, daß diese für ihre Autorität sorgen, die zu wählen den Hebammen auch durch die Dienstverordnung zur Pflicht gemacht wird.

Fortschrittlich denkende Hebammen Schlesiens! Euch rufen wir auf! Räumt den Kampf um wirtschaftliche und berufliche Besserstellung mit uns gemeinsam. Die bürgerlichen Parteien im Landtag lassen Euch fallen, auch reicht der B.D.G. fälschlich Spiel mit Euch. Die Reichsaktion Gelundheitsmeilen tritt nach wie vor für die alte Anstellung der Hebammen ein. Die Vermehrung von Entbindungsheimen und Schaffung von Hebammenpraktiken ist Voraussetzung. Hebammen und Müttern wäre damit gedient. Kenner der Verhältnisse wissen, daß sich die Hälfte von Kindheitsfehlern bei häufigen Entbindungen häufend mehren, nicht durch die Schuld der Hebammen, sondern infolge mangelnder Hygiene, hervorgerufen durch die Verelendung des Familienlebens durch den Krieg und seine Folgen. Durch Vermehrung resp. Schaffung dieser Institute steht den Müttern jederzeit Hebammenhilfe zur Verfügung. Neben der festen Anstellung bringt diese Regelung den Hebammen den Vorteil gerechter Arbeitszeit. Die bürgerlichen Parteien im Landtag bewilligen für Eure Zwecke (d. h. Durchführung des Gebammengesetzes) ganze 10 Millionen Mark, die nicht reichen, 41 Millionen aber sind im Staat der Stütze der Volksversorgung vorgelegt. Die Kosten für die Staatskrise belaufen sich auf 200 Millionen Mark. Die Versetzung sieht die Loslösung der Kirche vom Staat vor. Als klarlich ist die SPD beantragt, daß endlich ein dahingehendes Gesetz geschaffen werde, um die 200 Millionen zu sparen, lehnen die bürgerlichen Parteien den Antrag ab. Durch Erweiterung überflüssiger Ausgaben könnten Mittel bereitgestellt werden, 16 000 Hebammen anzustellen.

Hier kann nur zielflare, ehrig betriebene freigewerkschaftliche Gewerkschaftsarbeit zu vollem Erfolg führen.

Neben der festen Anstellung legen die Hebammen den größten Wert darauf, daß das kommende Gebammengesetz ihnen eine ausreichende Altersversorgung bringt. Regierung und Staatsrat haben aber bis jetzt dafür noch kein Verständnis gezeigt. Ob der Landtag trotzdem eine Altersversorgung beschließen wird, ist heute noch nicht zu übersehen. Es hängt davon ab, inwieweit die sozialistischen Parteien des Landtages und vor allem der Ruf der Hebammen nach einer Altersversorgung des wohlbekannten. Ihr der bürgerlichen Mehrheit findet. Der Herr Sozialkristianminister scheint aber der Meinung zu sein, die Hebammen nach alter preußischer Tradition abtrezten zu können. Da es Ordensplätzchen und Titelverleihungen in der Republik nicht mehr gibt, hat er den Wünschen der Hebammen zum Doha unter dem 12. Dezember 1922 folgenden Ertrag an die Oberpräsidenten herausgegeben, der erst jetzt in Art. 3 der Volkswohlfahrt bekannt gegeben wird. Er lautet:

Im Anschluß an den Ertrag des Herren Ministers besinn vom 22. Mai 1919 — N 5546 — ist von verschiedenen Seiten bei mir angerichtet worden, dem in jenem Ertrag erwähnten, bisher von den Herren Oberpräsidenten auszufertigenen Anerkennungsschreiben für die Hebammen die Form eines künstlerischen Gedächtnisslates zu geben, um dadurch den Hebammen diese Anerkennungsrechte beizufügen, welche wertvoll zu machen. Ich bin dieser Anregung gern gefolgt und habe ein derartiges Gedächtnissblatt in künstlerischer Ausführung herstellen und dem Blatt in gezielter Schrift einen Wortlaut aufzutragen, der in jedem Fall von mir selbst unterschrieben werden soll. Unter Aufsicht des Runderlasses vom 22. Mai 1919 — N 5546 — erfuhr ich nunmehr, wie in allen Fällen, in denen für eine verdiente Hebamme nach 40jähriger Dienstzeit die Ausstellung des Anerkennungsschreibens beantragt werden soll, unter Angabe des Namens und Zusammensetzung des Wohnortes der Hebamme, sowie des Tages, an dem sie auf eine 40jährige Dienstzeit zurückblickt, so rechtzeitig zu berichten, daß das Anerkennungsschreiben in die Höhe der hierfür auszuzeichnenden Hebammen gelangen kann. Soweit irgend möglich, soll das Gedächtnissblatt von dem Landrat beigegeben. Bürgermeister im Befolge des Kreismeisters oder, im Falle der Veränderung des Erstgenannten, vom Kreisrat selbst der betreffenden Hebammen in feierlicher Form (gegebenfalls in einer Sitzung des Hebammenvereins) ausgetragen werden. Mit Rücksicht darauf, daß vermutlich eine Ertrag von Hebammen vorhanden sind, die in den Jahren 1918—1919 ihre 40jährige Dienstzeit beendet, erfüllt ich die Aufsichtserstellung der hierfür noch vorzusehenden Hebammen möglichst zu beschleunigen.

Am 19. Februar stiftete zwischen französischen Soldaten, die ebenfalls Gebammenscheine erhalten, eine Auseinandersetzung. Im Laufe des Weltkriegs wurde ein Soldat, der die Ordnung wiederherstellen wollte, von einem Soldaten durch einen Revolverbeschuss tödlich verletzt. Der Soldat ist sofort verhaftet und beim Friedensgericht überlebt.

Burglas. Steinbruchsfabrik. Im Kreis Burglas sind Steinbrüche gefunden worden. Das ausgedehnte Lagergebiet umfaßt den südlichen Teil des Kreises Burglas und den am südlichen Halbteil Kreis Löwenberg. Die Felsen befinden sich in einer Tiefe von 120 Metern und haben eine Mächtigkeit von 4 Meter. Höchst reicht das Gebiet bis Dobrätz und Krosigk westlich bis zur Stadt Burglas und Grottkau.

Wir hoffen, die Kolleginnen werden jetzt um so energischer verlangen, daß ihnen eine ausreichende Fürsorge im Alter gewährt wird.

Aber auch Euch, proletarische Männer, rufen wir zur Arbeit auf! Sorgt dafür, daß nur solche Hebammen für Eure Familien zur Gebammenscheine in Betracht kommen, die freigewerkschaftlich organisiert sind. Macht ihnen klar, daß es Pflicht ist, daß jede Hebamme in Preußen und im Reich dem Deutschen Hebammenbund, Gruppe Gelundheitsmeilen des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, angehört. Nur durch eine starke Organisation auf freigewerkschaftlicher Grundlage können die Interessen der Hebammen wirksam vertreten werden.

Auskunft erliebt die Hebammenverbände des Hebammenbundes für Schlesien, Breslau, Margaretenstraße 17.

Deutscher Tegularbeiterverband, Bezirkssituale Breslau.

Freitag, den 24. Februar d. Js., nachmittags 5 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17. Lichibild-Begegnung. Thema: Die Genossenschaftsbewegung im Innern und Auslande (mit spezieller Beurteilung der Tegularbeiterhaft). Vortragender: Genossenschafts-Sekretär R. von Henning. Der Name des Vortragenden birgt für einige höchst interessante Stunden. Für diesen Vortrag bitten wir die verehrte Kollegenschaft, ihre Frauen, bzw. Männer mitzutunzen. Über auch für die Zukunft unter unterstützten Kollegenschaften. Auch für den Vortrag von Wichtigkeit und bitten wir, auch die Eltern mitzubringen zu wollen. Eintritt frei! Eintrittskarten in entsprechender Zahl sind von den Kassierern oder direkt im Verbandsbüro rechtzeitig einzufordern. Ohne Karten fein Zutritt! Kinder keine Zutritt!

## Breslau (Land)-Neumarkt.

Alten-Breis, Kreis Neumarkt. Einen großen Reinfall erzielten die Deutschnationalen in einer öffentlichen Versammlung. Herr Henning, eines Zeitungs-Parteisekretärs der Deutschnationalen, früher Unabhängiger, redete von einem neuen Krieg, einem zweiten 9. November, der diesesmal auf den 18. Januar fällt und an dem die Rechte alle Errungenheiten der Arbeitern wegnehmen wird usw. Henning, der früher die Großgrundbesitzer mit Brüderlichkeit, wie Lumpen, Lumpen sind, auf den höchsten Baum aufrütteln will, spielt sich jetzt als Schäfer der Großgrundbesitzer auf. Den Deutschnationalen zusätzliche jedoch das Herz in die Hose, als sie sagen, daß auch eine statistische Zahl Sozialdemokratie vorher aufzurütteln verfügt hat. Er wies den Herrn auf, was die Schäfer tragen an unserer Stelle. Einige Herrschaften, die die Wahrheit nicht vertragen können, verleihen vorzeitig den Saal. Genossen Bartsch, Klein-Breis, unterstreichlich die Ausführungen des Genossen Breitkopf und galt auch Herrn Henning darin recht, daß in der Deutschnationalen Partei ein großer Teil moralische Lumpen sind. Wenn Henning unter falscher Firma (nämlich als Landarbeiter, in Wirklichkeit ist er Grubenarbeiter) nach hier kommt, um die Landarbeiter aus dem D.L.B. zu laden, so muß für jeden Landarbeiter, der noch arbeitet steht, die Parole sein: Klein in den D.L.B. und die SPD. Gegen 11 Uhr endete die imposante Versammlung mit einer großen Schlappe für die Deutschnationalen.

Mallwitz. Unsere General-Versammlung am 16. Februar war von über zwei Dritteln der Mitglieder niedriger Ortsgruppe und zahlreichen Gästen besucht. Möge das ein gutes Zeichen für den Versammlungsbetrieb im neuen Vereinsjahr bleiben. Der Ressortbericht beweist, daß die bedeutende Beitrags erhöhung nach Rücksicht für den Verein durchgeführt ist. Der Jahresbericht, vom Vorstand erstattet, gab ein Bild rechtlicher Parteiarbeit: 8 Mitglieds- und 8 öffentliche Versammlungen waren in den 5 seit letztem Bericht liegenden Dörfern der Ortsgruppe abgehalten worden, eine Siedlungsstelle ist eingerichtet und drei Mitglieder standen in selbstloser Weise allen Genossen bei den Fragen des öffentlichen Lebens ratend und helfend zur Seite. Leider hat unsere Organisation in den Gemeinde-Vertretungen nicht den Einfluß, der ihr der Städte nach gebührt; keines unserer Vorstandsmitglieder ist z. B. Mitglied einer Gemeinde-Körperschaft. Die seiner Zeit von uns gewählten Gemeindevertreter haben entweder bald der Partei des Rücken gekehrt oder sind wirtschaftlich so abhängig von den "Mächtigen" im Lande, daß sie mit einer Ausnahme die Interessen des arbeitenden Volkes nicht vertreten können. Hoffentlich schafft das Inkrafttreten der neuen Landgemeindeordnung hierin bald die dringende Linderung. Der Obermann der Jagdkommission teilte mit, daß der Kauf eines Vereinsbanners vollzogen ist und gab Aufschluß über den finanziellen Stand dieser Angelegenheit. Unsere Delegierte berichtete über den Bezirks-Frauentag und bat, daß recht viele Frauen die Frauen-Konferenz am 5

### Vereinigte Theater in Breslau.

Nobe-Theater. Ida-Lotte. Thalia-Theater.  
Donnerstag, 23. Februar, 7½ Uhr: "Der Gelbherrnshügel".  
Freitag, 24. Februar, 7½ Uhr: "Das Welt auf dem Tiere".  
Kunstgemeinde Gruppe G.

### Stadt-Theater.

Donnerstag 7½ Uhr:  
"Gold fan tutte".  
Freitag 7½ Uhr:  
"Des Jägerbassen".  
Sonntag 7 Uhr: "Margarethe".

Schauspielhaus.  
Operettentheater. Tel. Ring 2545.  
Heute u. täglich, 7½ Uhr:  
"Die Brüder des Fataulus".  
Sonntag nachm. 3½ Uhr:  
"Drei alte Schachteln".

Lieblich-Theater.  
Täglich 7½ Uhr:  
**Robert Stieldl**  
und das große  
Februar-Programm.

Zeltgarten.  
Brs. Masiakowski

Alles leicht Fröhnen  
über die tolle Barleke

Breslau da kommt  
steiz drauf sein

Dann das blende  
Varieté - Programm.

Anfang 7½ Uhr.

Udech Kino  
Taschenstr. 20

Reiner darf fehlen!

Ab Freitag  
3 Schlager!

Erstverführung für Breslau!

Opfer seines  
Leichtsinn

Erschütterndes Drama aus dem  
Leben geschrieben

Die dunkle Gasse  
von New York

oder: "Die Flucht ins Jenseits"

Sensationsdrama aus dem Reiche der  
unbegrenzten Möglichkeiten in  
gewaltigen Akten.

Außerdem:

In der Wildnis des Urwaldes

Original Wild-West.

Wochentage 4½ Uhr, Sonntags 2½ Uhr,

Letzte Vorstellung 8½ Uhr.

5483

### Rindfleisch

10007 (aus Rindfleisch gekaut)

Rindfleisch ohne Knochen

Suppenfleisch

• • •

11.00

Gehacktes Fleisch

• • •

22.00

Kommtierfleisch

• • •

35.00

Wurstfleisch

• • •

6.00

E. Großkopf, Wartmannstraße 15.



### SCHAUBURG

Donnerstag, den 23. Februar,

abends 7½ Uhr:

"Der leidige Bebenmarsch".

Freitag, den 24. Februar, 7½ Uhr:

"Zum letzten Male".

"Das Welt auf dem Tiere".

Kunstgemeinde Gruppe G.

### DK

Donnerstag, den 23. Februar,

abends 7½ Uhr:

"Der leidige Bebenmarsch".

Freitag, den 24. Februar, 7½ Uhr:

"Zum letzten Male".

"Das Welt auf dem Tiere".

Kunstgemeinde Gruppe G.

Donnerstag Tag! Ab 1½ 5 Uhr!

große

3 Sonntags!

"Schieberkönig" 5

Akte

Mordmühle auf

Evanshill 5

Akte

Bluthund in

der Wüste 5

Akte

nach dem Roman:

"Ich - bin - Du".

Varietétheater:

Jennings u. Bray

Varietétheater:

Andara

11504

2. Film:

Razzia auf Gesindel!

oder:

Vom Barmädel zur Baronin

Eine unglaubliche, aber wahre Geschichte, die sich auf dem

Berliner Asphalt angetragen hat.

5 Großakte 5

Warehandländer — Kokosnussländer — Kokosnussliebe

— Modell „Koko“ — Wegen § 51 freigesprochen —

— Nachthörer in der Jimmy-Diele — Straßenzazzia

Jeder dieser 4 Filme trägt eine vollständig in sich abgeschlossene Handlung, daher leicht verständlich.

Ferner: Lilly Flohr — Werner Krauß — Anna Ullstein

Paul Bildt in

Tagediebe oder: Das Haus in der Dragonergasse.

Tagebuchblätter aus dem Leben eines Taugenichts,

5 Akte 5

Niedrige Eintrittspreise.

### Fledermaus-

Städte und Städte

Donnerstag, den 23. Februar 1922

# Beilage zur Volkswacht

Donnerstag, den 23. Februar 1922

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. Februar.

### Sozialdemokratischer Verein.

Metallarbeiter, Betriebsräte, Betriebs-Vertrauensleute, so weit Mitglieder der SPD., Sonnabend, den 25. d. Mts., abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, sehr wichtige Sitzung. Es darf kein Funktionär fehlen. Ausweis Verbands- und Parteimitgliedsbuch.

### Meine Mutter ist im Kino.

Ich bin auf dem Nachhauseweg. Es ist schon spät. Die Schaufenster sind dunkel und die Straßen still, nur aus den Vergnügungssälen klingt Musik gedämpft ins Freie. Mädels stehen flüsternd und lachend an den Ecken.

Vor einem grölleuchteten Kinosaal wartet ein kleines Mädchen. Müde lehnt es sich an die Hauswand und rutscht allmählich zusammen, bis es wie ein Häuslein Unglück am Fußweg läuft.

Es mag fünf oder sechs Jahre alt sein. Ich rüttle es auf, denn der Stein ist kalt, und das Nöckchen des Kindes nicht gerade fit.

"Auf wen warst du, warum gehst du nicht nach Hause?" frage ich das Mädchen.

"Ich — ich will auf meine Schwester, die ist mit ein paar Kerlen weggegangen."

"Wo wohnst du?"

"Hier oben."

"Was ist dein Vater?"

"Handelsmann."

"Wo ist deine Mutter?"

"Meine Mutter ist im Kino."

Meine Mutter ist im Kino. — Ich weiß nicht, warum diese Antwort der Kleinen mich so seltsam stimmt. Es gehen viele Minuten ins Kino. Und doch scheint mir diese Antwort aus dem Mund des wartenden Mädchens wie eine Antwort auf die vielen noch gar nicht ausgesprochenen Fragen, die mir beim Anblick der kleinen Toten aufgestiegen.

Da kommt die Schwester zurück. Ich habe ein erwachsenes Mädchen erwartet, nun kommt gleichfalls ein Kind, nicht sehr viel größer als die jüngere Schwester.

Das Mädchen hält mich mit dreisten Augen an.

"Wie alt ist sie?" frage ich.

Die Große redet: "Vierzehn — die ist zehn Jahre."

Vierzehn Jahr — zehn Jahr? — läuft das Mädchen?

Doch warum sollte es das?

"In welche Schule geht sie?"

"In die Hilschule."

"Beide?"

"Ja, beide."

Allz Krüppel, geistige und körperliche Krüppel.

Und eure Mutter geht oft ins Kino?"

"Ja — paarmal die Woche."

Vom Kinoausfahrt, dessen gelbes Licht die schauerlichen Reklamebilder noch grauer wirken lässt, starrt in großen Lettern die Ankündigung: „Das Ende eines Mädchentäters“ — Bilder aus der Großstadt Not und Elend.

Das monotone Summen des Kinoapparates dringt scharf auf die Straße heraus, untermischt von der sentimental-sentimentalen Filmbegleitung.

Zu den vordersten Reihen auf einem der dülligsten Plätze fügt die Mutter und ist ergriffen von dem namenlosen Großstadteleid, das ihr die Flimmerleinwand vor Augen führt.

Und draußen? . . .

### Pazifismus und Schule.

Die Deutsche Friedensgesellschaft und die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit veranstaltete am Montag im Auditorium maximum einen Vortragstreit über Pazifismus und Schule. Der erste Redner, Universitätsprofessor Schüeling, stellte in klaren Worten das Verhältnis der bürgerlichen Jugend zum Pazifismus dar und kritiserte scharf die Stellung der sogenannten gebildeten Schichten zum Friedensproblem. Die ganze Lächerlichkeit des wilhelminischen Byzantinismus trat in den darauffolgenden Ausführungen des Professor Stimming, zu Tage, der soziale Proleten aus Lebendewesen aller Art galt; mit größter Schärfe verurteilte der Vortragende die verlogene Geschichtsbildung, die bis auf den heutigen Tag in unseren Schulen gang und gäbe ist. Der letzte Referent, Pastor Möring, behandelte das Thema „Pazifismus und Religionsunterricht“; er betonte, daß er bei seinen Ausführungen eine religiöse Weltanschauung voraussetze, ein Pazifismus aus Schwäche sei verwerthlich; es gehöre mehr Kraft dazu, sprach — der Oberpräsident Lüttichau Heilberg. Und warum? Man wäre in eine zu erhabene Stimmung geraten, als daß man sich mit einer solchen Kleinigkeit (Thema des Abends „Pazifismus und Schule“!?) abgeben könnte. Eine Kleinigkeit? Kriegshege in Bronze gegossen in der Halle einer Schule? Zu erhabene Stimmung, als daß man zu Taten schreiten könnte? — Einladungen-Pazifismus!

Das Proletariat, dem der Pazifismus mehr bedeutet, als ein Mittel, in erhabene Stimmung zu kommen, erwartet von den Männern seines Vertrauens im Stadtparlament, daß sie endlich auf Erinnerung des Hebräusches, der eine freche Verhöhnung der Reichsverfassung ist, bestehen.

### Wie die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen gegenseitig verfeindet werden.

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird uns geschrieben:

„Es ist bereits eine allgemein bekannte Tatsache in der Kriegsopferbewegung geworden, daß der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter seine Hauptaufgabe darin erfüllt, andere Organisationen in den Schmutz zu ziehen und zu verleumden. Dieses Treiben des Zentralverbandes wird von jedem ehrenhaften Freund der Kriegsopferbewegung auf das Schärfste verurteilt, weil dadurch die Bewegung nur immer mehr um die Sympathie in der Öffentlichkeit gebracht wird. In der Kriegsbeschädigtenbewegung

Heute Donnerstag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus (Großer Saal)

# Volks-Gesammlung

Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Beim - Magdeburg spricht über:

## „Deutschlands Not u. Deutschlands Zukunft!“

Massenbesuch wird erwartet.

Ordnet müssen um 6½ Uhr anwesend sein.

wurden bekanntlich parteipolitische und religiöse Gesichtspunkte von vornherein ausgeschaltet. Dieser Grundzähler ist besonders vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw., Berlin SW. 29, Bellevue-Allianzstraße 16, aufgestellt und steht mit Nachdruck vertreten worden. Der Reichsbund ist durch seine einwandfreie Haltung und laufliche Arbeit die größte Organisation geworden. Dieser Erfolg läßt den Zentralverband nicht müde werden, den Reichsbund unausgelebt zu verdächtigen, daß er eine sozialdemokratische Organisation sei. Dabei kommt es ihm auf Unwahrheiten und Verdrehungen nicht an. Sein Grundsatz ist: Der Zweck heißtigt die Mittel. Als Anhänger der neuen Heile nahm er ein von der Buchhandelsabteilung des Reichsbundes in Nr. 23 der Bundeszeitung veröffentlichtes Schriftenwerkzeugnis, in welchem sich unter mehr als 70 Schriften der verschiedenen Wissens- und Unterhaltungsgebiete, neben einer großen Anzahl religiösen Inhalts auch einige Kulturwerke, wie: „Die Hohenzollerlegende“, „Wider die Pfaffenherrenschaft“, „Die Beziehung der Menschheit“, befinden. Darauf sind aufgeführt: „Die kleine Passion“, „Das Marienleben“, „Die göttliche Komödie“ und andere ähnliche Inhalte. Dadurch soll nach Meinung des Zentralverbandes bewiesen sein, daß der Reichsbund „sozialdemokratisch“, „der Wolf im Schafsfeld“, „Vertreter der marxistischen Lehre“ sei. Das ist nichts weiter als eine lächerliche Verleumdung seitens des Zentralverbandes. Tatsache ist vielmehr, daß in Anbetracht der absoluten parteipolitischen und religiösen Neutralität des Reichsbundes in ihm Angehörige aller Parteirichtungen und religiöse Bekennisse zu gemeinsamer Arbeit vereinigt sind, was dem Zentralverband infolge seiner einseitigen nationalistischen Tendenzen von jeder ein Dorn im Auge war. Die verdecktendirekte Zusammenfassung der Mitglieder des Reichsbundes bedingt es, daß von ihm auch Literatur der verschiedensten Wissensgebiete verlangt wird. Mit dem Verkauf von Schriften ist aber noch keineswegs gefast, daß der Verkäufer auch mit ihrem Inhalt einverstanden ist. Das wissen auch die Zentralverbandsleute ganz genau.

Die Hektoris in der Tagespresse sind daher nichts weiter, als ein widerliches Konträr zum anderen gegen den Reichsbund, der auf Grund seiner Neutralität und fachlichen Arbeit auf 800 000 Mitglieder und damit zur größten Organisation angewachsen ist. In Wirklichkeit ist gerade der Zentralverband nicht weniger als neutral, was schon am besten dadurch bewiesen ist, daß er sich nur gegen Schriften einer Richtung wendet. Wirkliche Neutralität besteht aber darin, daß man allen politischen Richtungen und religiösen Bekennissen gegenüber die gleiche Toleranz übt. Der Zentralverband hat es leider zu einer solchen Toleranz noch nicht gebracht, was auch nicht zu erwarten steht, weil er sonst seine einseitige Tendenz aufzuheben müßte. Von den Kriegsopfern selbst werden die Hektoris und Verleumdungen seitens des Zentralverbandes richtig eingestellt, indem sie von dieser sonderbaren Organisation immer mehr abrücken.

### Der Beruf der Kindergartenin.

Da. Die Frage, ob ein Mädchen überhaupt eine Berufsbildung erhalten soll, wird wohl jetzt allgemein bejaht. Die wichtigste Lage der Familie fordert es auch in den Kreisen, die früher das Wort „die Frau gehört ins Haus“ ganz besonders auf ihre Fahne schrieben. Das Haus, in das sie gehören, ist nicht mehr in der Lage, sie zu versorgen, darum gehen sie hinaus, um sich selbst und oft auch ihre Angehörigen zu erhalten. Am meisten drängen sich in die Berufe, die in nächster Frist zu einem verhältnismäßig hohen Einkommen führen. Darin aber liegt ein Fehler und eine Kurzsichtigkeit. Herausgerissen aus dem Gebiet weiblichen Wirkens, noch ehe es anfing, etwas davon zu über, graben Wegen von der Schule bis ins Kontor an die Schreibmaschine oder das Telefon gestellt, ist das junge Mädchen seiner innerlichsten Veranlagung nach geködigt, und der Gegenatz zwischen seiner Arbeit und seiner Neigung drängt es nur zu oft auf die Bahn einer leicht mißverstandenen Betätigung seiner Weiblichkeit. Wenn es gäldlicher ist das Mädchen, dem sein Beruf die Möglichkeit gewährt, seine Eigenart zu entdecken und zu pflegen, auf dem ihm eigenen Gebiete, dem der Haushalt und Frischerin.

Zu einer solchen führt die Ausbildung zur Kindergartenin. Das Gelernte wird verwertet an der Stelle, für die das Mädchen in erster Linie berufen ist, in der Familie; es erschließt sich ihm Quellen der Freude in der Arbeit; so wird sie am Selbstzweck, zum freien Spiel der Kräfte, stets zur Freude im fremden Dienst. Und außerdem wird sie, die Familienkindergartenin, bei ihrer Arbeit gehoben und gefährt in Kreisen, die ihr oft Gelegenheit bieten, ein eigenes Familiengut zu finden.

Den Wert einer vertieften Ausbildung zum Kindergartenberuf wird niemand unterschätzen, der beobachtet hat, wieviel Kenntnis und Verstand der Arbeiter an dem edelsten Stoß auf Ewer: der Kindergartenlehrer schon „seinen ersten Zuschnitt“ (wie Käni sagt) zu verbergen imstande sind. Darum ist für jedes Mädchen der Weg durch das Kindergartenminnenseminar von Segen, ob sie später im eigenen Hause wirkt, ob sie in der Weiterbildung durch die soziale Frauenschule zur Wohlfahrtspflegerin, oder im Kindergarten und Hort zur Jugendleiterin, oder im Kindergarten und Hort zur Jugendleiterin geraten. „Freude zu bringen, ist des Kindergartens Ziel, nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Erwachsenen, wenn sie in den Kindergarten treten.“ Dieses Wort Friedrich Fröbels steht als schöne Verheißung vor dem Paradies der Kindheit, in das der Kindergartenberuf hinführt.

### Bom Arbeiter-Bildungsausbau.

„Bummelstudenten“ im Thalia-Theater.

Die nächste Vorstellung der „Freien Bühne“ ist am Montag, den 27. Februar, eine Aufführung der „Bummelstudenten“ im Thalia-Theater.

Die Guise ist eine zu dieser Vorstellung (Einzelpflicht 6,50 Mark, Doppelpflicht 13 Mark) werden am Freitag, abends von 7—8 Uhr, im Zimmer 36 des Gewerkschaftshauses, ausgetragen.

### Landheim der Volksschule.

In der Erfahrung, daß es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nur noch wenigen Eltern möglich ist, ihren Kindern, die bei dem heutigen Gesundheitszustand unseres Volkes despolst notwendige Schule durch Landaufenthalt zu verschaffen, haben bereits eine Reihe von Schulen zur Selbsthilfe geöffnet und ihren Schülern einen eigenen Raum eingerichtet. Auch Elternrat und Kollegium der Volksschule haben, einer Anregung des Direktors der Anstalt folgend, beschlossen, den Eltern einen dahingehenden Platz zu unterbreiten. In einer am 15. Februar abgehaltenen, gut besuchten Versammlung berichtete zunächst der Vorsteher des Elternrats, Herr Kaufmann Adolf Schmidt, über die Vorgeschichte des Planes und über die unverbindlichen

Verhandlungen, die mit dem Magistrat sowie mit Grundstückseigentümern gepflogen worden sind, wies sodann auf die großen gesundheitlichen und erzieherischen Vorleute eines Landheims hin und vertrete sich zum Schluss ausführlich über die finanzielle Seite der Frage, die bei entsprechendem Entgegenkommen aller Beteiligten sehr wohl zu lösen ist.

Sodann gab der Direktor Gen. Dr. Ganzenmüller Auskunft darüber, wie die Ausgestaltung im einzelnen gedacht ist. Danach soll immer eine ganze Klasse sich vier Wochen lang im Rahmen aufzuhalten. Vormittags erhalten die Schülerinnen drei Stunden Unterricht vor zwei Lehrkräften der Klasse, die sie ins Innern begleiten; der Nachmittag gehört der häuslichen Arbeit und der Erholung. Die enge Verbindung mit der Natur wird dazu führen, daß die Naturliebe und die heimliche Eigenart in Landschaft und Weide den Schülerinnen viel lebendiger entgegentreten, als in den Steinmauern der Stadt, besonders wird das Zusammenleben der Schülerinnen und Lehrkräfte den Gemeinschaftsgeist erwachen lassen, dessen die wahre Erziehung besteht.

Zum Schluss erklärte Fr. Studienrat Schmidt im Namen des Kollegiums, daß dieses geschlossen für die Gründung des Landheims eintritt. In der Diskussion wurde auf die Schwierigkeiten im einzelnen hingewiesen, aber das Unternehmen grundsätzlich allgemein gebilligt. Besonders warm trat unter Herorthebung des ärztlichen Standpunktes Herr Dr. Maier dafür ein. Die Abstimmung ergab Billigung des vorgelegten Plans mit allen gegen vier Stimmen. Der Verein trat sofort ins Leben und wählt einen vorläufigen Vorstand von 9 Mitgliedern. Der Jahresbeitrag wurde auf mindestens 70 Mark festgesetzt. Gemäßigung von Geldsenden und Darlehen ist daneben sehr erwünscht. Weitere Beitragsförderungen nehmen entgegen Herr Kaufmann Adolf Schmidt, Vorderstraße 2 und Direktor Dr. Ganzenmüller, Blücherstraße 13.

### Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung.

Der Magistrat beschloß, entsprechend einem einstimmig abgegebenen Gutachten des Fürsorgeausschusses, vom 13. d. Mts. an die vom Minister für Sozialversicherung aufzulegenden 500000 Mark für Erwerbslose Unterstützung zu fördern. Besonders warm trat unter Herorthebung des ärztlichen Standpunktes Herr Dr. Maier dafür ein. Die Abstimmung ergab Billigung des vorgelegten Plans mit allen gegen vier Stimmen. Der Verein trat sofort ins Leben und wählt einen vorläufigen Vorstand von 9 Mitgliedern. Der Jahresbeitrag wurde auf mindestens 70 Mark festgesetzt. Gemäßigung von Geldsenden und Darlehen ist daneben sehr erwünscht. Weitere Beitragsförderungen nehmen entgegen Herr Kaufmann Adolf Schmidt, Vorderstraße 2 und Direktor Dr. Ganzenmüller, Blücherstraße 13.

\* Ein Befüriger und Siebzehn als Mäder. Bei einem bissigen Kaufmann meldete sich am 7. d. Mts. ein Mann, der sich als Maler von Beruf ausgab und um Beschäftigung bat. Da der Kaufmann mit der Absicht umging, sein Auto streichen zu lassen, übertrug er dem Mann die Arbeit. Bevor jedoch dieser mit der Arbeit begann, hatte er die Gelegenheit auszubauen, dem Kaufmann 800 Mark zu entwenden, mit denen er auf Nimmerwiedersehen verschwand. Sein wohler Name und seine Werkstatt hat der Spitzbube verschwiegen; da er sein Diebstahl auch anderweitig verbuchen wird, sei öffentlich vor ihm gewarnt. Meldungen erbeten nach Zimmer 56 des Polizeipräsidiums.

\* Durch Skura von Hasselbach-Pohl tödlich verlegt. Am 18. d. Mts. nachmittags wurde der Bahnunterhaltsarbeiter Ostaf. Kahl, ein Friedrich-Wilhelm-Straße 67 wohnhafter, 27 Jahre alter Mann, als er auf dem Bürgersteig an dem Grundstück Nr. 15 vorbeiging, durch ein vom Hause sich lösendes und auf die Straße kürzendes Eisenstädtel (Schwanz) auf den Kopf getroffen und so schwer verletzt, daß er ohnmächtig zusammenbrach und durch Samariter der Feuerwehr nach dem Allerheiligen-Hospital gebracht werden mußte. Dort ist er an den Folgen der Verletzungen am 21. Februar verstorben. Augenzeugen des schweren Unfalls werden erucht, sich unverzüglich im Polizeipräsidium, Schubertstraße 46, Zimmer 9, zu melden.

### Lobetheater.

Der Mörder.

Die zweite „deutsche Uraufführung“ eines Ausländers der Direktion Barnay, John Galsworthy ist aber ein Drama, der erst genommen werden muß. Sein Drama „Der Mörder“, Rudolf Kommer verdeutlicht hat, recht gemütlich verdeckt, greift mittler in die Stimmungen hinein, die in drückender Schwäche vor dem Ausbruch eines Krieges auf den Menschen lasten.

Ein Bühnendreher, Stephan More, ein unerwarteter Pazifist, hat eine große Friedensrede ausgearbeitet, die er in dem Parlament seines Landes, das vor einem Kolonialkrieg steht, halten will, um den Ausbruch zu verhindern. Alle raten ab. Seine Frau, seine Schwäger, sein Schwiegervater, sein Sekretär. Er bleibt fest. Er wird gehalten, trocken eine Depesche ihm den Ausbruch des Krieges meldet. Eine ungeheure Entrüstung, die ihre stärksten Wogen in den älteren Volksschulen schlägt, stellt ihn ganz abseits von allen Menschen. Sein Schwager will in den Krieg. Er bleibt fest. Eine Abordnung seiner Wähler will ihn von seinem Wege abbringen. Er bleibt fest. Da er zieht ins Lande umher mit seiner Friedensrede. Wochenlang. Erträgt die übelsten Anpödungen. Sogar Schläge. Eines Abends zieht er in sein Heim zurück. Vergeblich dittert wieder seine Frau zu, und wird seiner Herzen fremd. Sein Schwager ist inzwischen gesollten. Das Land hat seine schwere erste Rieberlage in einen Sieg verwandelt. Und im Raum dieses Sieges dringt der Mörder in das Haus des von allen verlassenen. Der Dolchstich eines fanatischen Weibes bringt dem Friedensprediger den Tod.

Die Sprache des Dramas ist flüssig. Der Dialog besonders effektvoll ausgearbeitet. Schuldlos bleibt uns der Dichter, aber eine Menge psychologischer Klärungen. Das eigentliche Stück spielt hinter den Kulissen. Nur Relegationshandlungen großer Geheimnisse hulden über die Bühne. Im ersten Akt sind die Ereignisse so auf engen gedrängt, daß die Unwahrscheinlichkeit offen zu Tage tritt.

Ganz vorzüglich war die Inszenierung durch Karl Jäger, der selbst den Bühnendreher More gab. Seine außerordentlich karle Leistung war aber besonders von einem zu ausgeprägten Nationalismus getragen. Seine Frau war ein Weiberhund, Hebbel-Lied aus dem 19. Jhd. Der Stempel der Nationalität war auf ihre Lippe und doch innerlich so gequälte Frau gelegt. Das kleine Mädchen Ollie wußte kaum noch sicher Gräfin Gräfin Jäger. Durch den Akzent, der auf einem guten Jüdischen Dialekt ruhte, trugen die Damen Waller, Vipp und Käthe und die Herren Meinecke, Böhme, Kasche, Käfer (er sollte diesmal gut in die Rolle), Hanna, Berliner Ringe und sogar ganz wesentlich bei.

## Gerichtliches.

Zuchthaus für einen Judenjäger.

Nach fast dreitägiger Verhandlung wurde der Reisende Hermann Oberstürz von der Breslauer zweiten Strafkammer wegen Beamtenehestung und schwerer Urkundenfälschung in Tatenheit mit Diebstahl zu drei Jahren nach Monaten im Zuchthaus, 6 Jahren Eherestrafe und 9000 Mark Geldstrafe, aber noch 60 Tage Zuchthaus verurteilt; acht Monate Zuchthaus wurden ihm auf die Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet. Oberstürz gehört zu den großen Schindern, die bis mit Kleinigkeiten nicht abgehen. Im vorigen Jahre waren zwei Waggons Jüder, die von der Jüdenfeste Klettenhof nach Neulah und Rybnik abgehen sollten, von Oberstürz nach Sotsau vertrieben worden, indem er sich dann der Eisenbahnamtshilfen bediente, die für diese Gesellschaft Belehrungsgelder erhielten. Die Beamten sind bereits im Oktober v. J. abgeurteilt worden, nur der Macher des ganzen Oberstürz, war verschwunden. Er war gegen Siedlung einer Kavution aus der Haft entlassen worden, und nahm nun sofort seinen gewohnten Beruf wieder auf. In Berlin konnte er wieder verhaftet werden, als er mehrere Waggons Kartoffeln ins Ausland verfrachten wollte. Jetzt stand er nun wegen Verschiebung der zwei Waggons Jüder vor der hiesigen Strafkammer. Er ist 51 Jahre alt und einmal verheiratet und zwar nur wegen Betruges und Unterschlagung. In Magdeburg ist er wegen Betruges in 26 Fällen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Der Angeklagte verteidigt sich außerordentlich gewandt. Bald nach Eintritt in die Verhandlung stellte sein Verteidiger den Antrag, die Strafkammer möge sich für unzuständig erklären und die Sache dem Schwurgericht übertragen, da die Belehrung einer öffentlichen Urkunde vorliege. Ein Nachschluss sei in dem Augenblick eine öffentliche Urkunde, da er in die Hände der Eisenbahn übergetreten, die darauf amtliche Vermerke rägt. Das Gericht entschied für über nach dem Ergebnis der Beweisaufschlüssel liegt kein Anhalt zu einer anderen Würdigung der Tat vor.

Nach einem früher abgelegten Geständnis des Oberstürz betrug der Erlös, den er aus dem Jüder gehabt hatte, 300 000 Mark; davon seien ihm 25 000 Mark verhöhlt, das übrige habe

es als Belehrungsgelder an Beamte verloren. Jetzt behauptet der Angeklagte, geglaubt zu haben, es handelt sich um eine Schließung im Einerstand mit der Jüdenfeste.

In Abetracht dessen, daß die Schließung aus Geldgier begangen und die Bürgemeinhilfen gehoben wurde, auch mit Rücksicht auf seine vielen Vorstrafen, erkannte das Gericht auf die oben genannte Strafe.

## Konzerne — Theater — Vergnügungen.

Mittellungen der Direktionen.

**Stadttheater.** Heute abend 7½ Uhr zum ersten Male in dieser Spielzeit „Così fan tutte“ mit den Damen Keiser, Merton, Ochs-Vahl und den Herren Hauffeld, Kubow, Wilhelm. Musikalische Leitung Dr. Ernst Praetorius, Spielleitung Dr. Lothar Wallerstein. Morgen Freitag, abends 7½ Uhr, „Der Jäger und das Lied“.

**Reinecktes Theater.** Am Donnerstag wird im Löbe-Theater die Schauspiel „Der Feldherrnhügel“ zum vorletzten Male wiederholt. Die Erfolgsfahrt der ersten Komödie „Der Wehrwolf“, die in Berlin und Wien größten Spielzeiterfolges, findet zur Faßnacht, am 28. d. Mts., statt. Direktor Paul Sartoriu hat inszeniert das heitere Werk.

**Im Thalia-Theater:** Am Donnerstag „Der Feuerde Lebemann“ an den folgenden Tagen „Doktor Stieglitz“. Bruno Frank ist in Berlin erkrankt und kann daher weder der 25. Aufführung seines Dramas „Das Weib auf dem Tiere“ beiwohnen, noch die angekündigte Mittagsvorlesung am Sonntag halten.

**Kunstgemeinde im Löbe-Theater.** Am Montag, den 27. Februar, findet für Serie A statt der angekündigten „Rachels“ Aufführung eine Vorstellung von Wedekins „Kammerzäuber“ und Sonnigers „Grünes Rätsel“ statt. Die vorangegangenen Vorstellungen für die folgenden Serien werden bis auf weiteres verschoben.

**Schauspielhaus (Operettentheater).** Heute und folgende Tage wird „Die Braut des Lucullus“, die mit großem Beifall aufgenommene Operette von Jean Gilbert, wiederholt. Sonntag neunzehn „Das alte Schloss“.

## Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezeigt:

	22. 2.	23. 2.
für 1 amerikanischen Dollar	212,78	219,78
• 1 englisches Pfund	932,05	981,50
• 1 französische Franc	19,40	20,08
• 1 holländischer Gulden	82,42	85,16
• 1 Schweizer Franken	42,06	42,71
• 1 österreichische Krone	4,58	4,18
• 1 italienische Lira	3,92	4,07
• 1 dänische Krone	44,75	46,88

## Wetterstand

vom 23. Februar 1922.

Rathaus	1,04	Breslau (Ober-Pegel)	—	4,54
Krappe	1,08	(Unter-Pegel)	—	4,10
Brieg (Mastenkran)	0,68	Rathaus (Ober-Pegel)	—	1,74
Königsw.	1,72	(Unter-Pegel)	—	—
Neumarkt (Ober-Pegel)	—	Drahnsdorf	+ 0,88	—
Neumarkt (Unter-Pegel)	0,68	Liegnitz	+ 0,1	—
		Wasserflöme: + 0,1		

## Bereinstalender.

Deutscher Holzarbeiterverband, Vertrauensmänner in den Metallbetrieben, Freitag, abends 6 Uhr, wichtige Versammlung, Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses. Volksfüriges Ereignis erwartet die Bevölkerung.

## Briefkasten.

Sprechstunde der Redaktion montags von 12—1 Uhr mittags. K. S. Nach der Verordnung vom 26. Dezember 1921 in die Betriebsgenossenschaft vertraulich, Rentenempfänger mit mindestens 60% Einkommensunfähigkeit eine Juluge zu geben, die in dem Betrieb besteht, um den die Rente hinter der Summe zurückbleibt, die nach Berechnung des jüngsten zu legenden Jahresarbeits verdienstes von 12 000 Mtl. sich ergibt. Ihre Juluge dürfte etwa 3000 Mtl. ausmachen. Sie können die zu viel geleisteten Kosten zurückverlangen. Die Juluge beträgt 20 Mtl.

## Familiennachrichten

Herrn früh 1½ Uhr verschied nach langem, schweren Leiden seiner lieben Bruder, Schwager und Onkel von seinem Sohn.

**Paul Knoch-Fahrmeier**  
im Alter von 52 Jahren.

Breslau, den 21. Februar 1922.  
Kreisstraße 2.

Im Namen der trauernden Elternschwestern

**A. Knoch**

Beerdigung: Freitag, nachmittags 2½ Uhr, von der Kapelle des alten Mausoleums Steinstraße. 10631

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Am 19. Februar verstarb unser Verbandskollege der Holzarbeiter

11805

**Heinrich Wandel.**

Ein ehrwürdig Andenken bewahren ihm

die Mitglieder der Verwaltungsräte beider.

Beerdigung: Donnerstag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Cöslig am

**Nachruf!**

Am Sonntag verschied unser Mitglied, der Arbeiter

**Heinrich Wandel**

im Alter von 52 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Preußens.

Beerdigung: Donnerstag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Cöslig: Berliner Straße 76, bei Marschall-District 2.

Montag, abends 6 Uhr, verschied nach kurzem Kranksein meine liebe Schwiegermutter

**Frau Pauline Driesner**

geb. Prokes,

im Alter von 74 Jahren.

Sie stand mir stets hilfsbereit zur Seite und hat sich durch erzieherische Tätigkeit meiner Kinder ein fortwährendes Andenken bewahrt.

Oels, den 22. Februar 1922.

**Max Jung**

nebst Enkelkindern.

Beerdigung: Freitag, den 24. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle Cöslig.

Max Jung

Am Montag, den 20. Februar, verstarb zu Herrschlag unserer Mitglied, die Gemeine

**Frau Emma Hanke**

im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder

des Sozialdemokratischen Partei Preußens.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Grabenau.

Emma Hanke

Am Montag verschied plötzlich unsere verehrte

**Frau Emma Hanke**

im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder

des Sozialdemokratischen Partei Preußens.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Grabenau.

Emma Hanke

Am Montag verschied unsere verehrte

**Frau Emma Hanke**

im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder

des Sozialdemokratischen Partei Preußens.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Grabenau.

Emma Hanke

Am Montag verschied unsere verehrte

**Frau Emma Hanke**

im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder

des Sozialdemokratischen Partei Preußens.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Grabenau.

Emma Hanke

Am Montag verschied unsere verehrte

**Frau Emma Hanke**

im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder

des Sozialdemokratischen Partei Preußens.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Grabenau.

Emma Hanke

Am Montag verschied unsere verehrte

**Frau Emma Hanke**

im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder

des Sozialdemokratischen Partei Preußens.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Grabenau.

Emma Hanke

Am Montag verschied unsere verehrte

**Frau Emma Hanke**

im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder

des Sozialdemokratischen Partei Preußens.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Grabenau.

Emma Hanke